

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Geschäftsstelle: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 11574.  
Postleitzettelkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgerichtsamt Dresden Nr. 110.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die  
66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im auslichen Teile 60 Pf., unter Ein-  
gebr. 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-  
suche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Heitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Beihangblätter der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß  
der Landes-Versicherungskasse, Verkaufsjahr von Poststempeln auf den Staatsscheinen.

Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 86

Dresden, Donnerstag, 10. April

1924

## Das Gutachten der Sachverständigen.

### Ein Schritt vorwärts!

Am Mittwoch haben die Sachverständigen ihrem Auftraggeber, der Reparationskommission, den abschließenden Bericht über die Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit zur Sanierung des deutschen Budgets überreicht. Neben den drei Monaten hat die Arbeit in Anspruch genommen, obwohl die Abschluß schon vor Wochen wiederholt angeklungen, ebenso oft aber hinausgezögert wurde. Das wird verständlich, wenn man das Begleitschreiben liest, das der amerikanische General Davis dem Haushalt berichtet hat. Mit besonderer Betonung wird hier hervorgehoben, daß die Abreisen getroffen waren von dem Grundsatz der Geschäftlichkeit und der Absicht zur Unabhängigkeit in Denken der Sachverständigen. Sie sind überzeugt, daß es nicht immer ganz leicht war, diese edlen Grundsätze zu wahren, und daß die Abwehr der wiederholten Beeinflussungsversuche durch Voincarts bald ebensoviel Zeit in Anspruch genommen hat als die erste praktische Arbeit und der Wille der Sachverständigen, in die Probleme hineinzusteigen. Ammerhin aber war dieses Opfer an Zeit angebracht, wenn es sich schließlich zum Ruhmen der Menschheit auswies und tatsächlich den Anfang eines „neuen Zeitalters“, wie Davis in seinem Begleitschreiben sagt, bedeutet.

Bevor wir das Gutachten der Sachverständigen sachlich und politisch würdigen, erscheint es angebracht, zunächst seinen Inhalt gedrängt zusammenzufassen. So ist es auch für den Leser möglich, sich nicht nur ein Bild zu machen von den in viele Worte geholten Plänen, die zur Sicherung der deutschen Leistungsfähigkeit führen sollen, sondern gleichzeitig auch die Höhe der geplanten Verschuldungen abzuschätzen. Die Pläne der Sachverständigen, die eine Grundlage für die jetzt beginnenden Erörterungen der Reparationskommission über das Reparationsproblem bilden, laufen zunächst darum hinaus, durch Schaffung eines besonderen Instituts die deutsche Währung auf Goldgrundlage zu stellen. Die Erledigung der Zahlungen selbst ist folgendermaßen gedacht:

Zum ersten Jahre, d. h. 1925, soll Deutschland für Reparationen eine Milliarde Goldmark ausbringen, deren Ziffer zum größten Teil durch ausländische Anteile geplant ist. Im zweiten und dritten Jahre geht man an die Erhebung von je 1200 Millionen Goldmark, im vierten Jahre von 1750 und im fünften bis sechsten Jahre von 2400 Millionen Goldmark. Zum sechsten Jahre an ist ein Zuschlag, ein sogenannter Sicherungsschein, vorgesehen, der die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ab 1930 in erhöhten Reparationszahlungen zum Ausdruck bringen soll. Die Kosten für die Bezahlung, die interalliierten Kommissionen sind in diese Beiträge einzubeziehen. Eine Festzung der in Vorschlag gebrachten Summen wollen die Sachverständigen dadurch ermöglichen, daß zunächst das Eisenbahngesetz umgewandelt wird. Sie soll im ersten Jahre 330, im zweiten 465, im dritten Jahre 540 und später 660 Mill. Goldmark jährlich ausbringen. Außerdem ist eine Sachverstådelosung der Industrie von insgesamt 5 Milliarden Goldmark, das ist eine jährliche Belastung von 300 Mill. Goldmark, in Aussicht genommen. Der Rest, d. h. die Summe, die nach dem vierten Jahre zur Verfügung zu stellen ist, und zwar ungefähr 1500 Mill. Goldmark, soll aus dem Staat, d. h. hauptsächlich aus Verbrauchsbelastungen und Monopolen, bestritten werden. Die Belastung des privaten Besitzes ist durch Industrieholdinge, die der Eisenbahn durch Vorzugsaktien gedacht.

Die Zusammenstellung des wesentlichen Inhalts der von den Sachverständigen einstimmig in Vorschlag gebrachten vorläufigen Lösung des Reparationsproblems zeigt, daß der

jetzt in der ganzen Welt zur Errichtung liegende Plan vieles gemein hat mit dem letzten Angebot, das die unter deutsch-nationalen Einfluss stehende Regierung Ende im Juni des Jahres 1923, als der Rücktritt bereits verloren war, an die Reparationskommission richtete. Es deckt sich teilweise nicht nur zahlenmäßig mit dem von Gunn angebotenen Kosten, sondern auch mit den Voranschlägen, die in diesem Vorschlag an die innerpolitische Finanzierung der gebotenen Summen geknüpft wurden. Ähnlichkeiten besteht es z. B. in dem Gedanken, daß die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederhergestellt werden mög. und die Zahlung der vorgesehenen Summen unmöglich ist, solange der jetzige Zustand im Rhein- und Ruhrgebiet fortbesteht. Anderseits sind wieder Kontrollorgane in Aussicht genommen, die bestimmte Entwicklungen in die Finanzierung des Reiches vornehmen können. So ist u. a. an eine Beteiligung von Ausländern an der Goldnotenbank und einer solchen an der Eisenbahn-Aktiengesellschaft gedacht. Aber wir glauben, daß diese Kontrollrechte zu erlangen sind, wenn wir uns vorstellen, daß die Wirtschafts- und Finanzsphäre des Reiches wiederhergestellt, daß ihr Gebiet und tatsächlich den Anfang eines „neuen Zeitalters“, wie Davis in seinem Begleitschreiben sagt, bedeutet.

Technisch ist vorläufig zu dem Gutachten zu sagen, daß die Beiträge, die in den ersten vier Jahren gezahlt werden sollen, nicht als unannehmbar zu bezeichnen sind. Voraussetzung bleibt natürlich, daß das Reichsgebiet freigegeben wird und die Micumlasten in Notfall getragen. Tatsächlich sind die bisherigen Kosten der Micum-vertreter viel schwerer in ihren Wirkungen zu erkennen als die Vorschläge der Sachverständigen. Man sollte deshalb also eigentlich glauben, daß die Schwerindustrie ohne weiteres bereit wäre, die jetzt in Vorschlag gebrachte Reparationspolitik gegen das bis jetzt noch andauernde System der Micum, die „unfreiwillige“ Erfüllungspolitik der Schwerindustrie, einzutreten. Die große Frage für die Zukunft bleibt, wie die in späteren Jahren verlangten Summen gezoagt werden sollen. Da Tschlesiens ist, aus Anlaß der Durchführung der Railenauverträge, nur ein Bruchteil auf die Milliardenbeiträge abgesehen werden. Die Industrien in den Entwicklungsländern wünschen keine Konkurrenz durch Reparationsleistungen und lehnen deshalb Tschlesiens ab, obwohl reicher Bedarf bestand. Die Gefahr besteht fort, daß dieser Zustand sich in den in Frage kommenden Jahren erneut zeigen wird, ohne daß Deutschland in Gold zahlten kann, solange es ihm nicht gelingt, Devisen durch größere Ausfuhr zu erhalten. Deshalb liegt das centrale Problem der Errichtung jetzt in der Frage, wie in Zukunft Reparationsleistungen gezoagt werden sollen. Es kommt also darauf an, wieviel Gold durch Tschlesiens und durch Wehrsport von Deutschland auf den anderen Märkten zu erzielen ist. Jedenfalls sind wir der Meinung, daß über die Form der künftigen Reparationsleistungen eine eingehende Absprache schon deshalb notwendig ist, weil gerade über diese Frage der Sachverständigenbericht seine Klarheit verloren hat, die das Reichsgebiet freigegeben wird.

Technisch ist vorläufig zu dem Gutachten zu sagen, daß die Beiträge, die in den ersten vier Jahren gezahlt werden sollen, nicht als unannehmbar zu bezeichnen sind. Voraussetzung bleibt natürlich, daß das Reichsgebiet freigegeben wird und die Micumlasten in Notfall getragen.

### Aus dem Wortlaut des Gutachtens.

Paris, 9. April.

Das Gutachten der Sachverständigen, das auszugweise schon gestern von und mitgeteilt wurde, wird durch einen allgemeinen Teil eingeleitet, in dem ausgeführt wird, daß der von den Experten vorgelegte Plan ein unteilbares Ganzes ist. Es ist also

unmöglich, einzelne Vorschläge anzunehmen und andere abzulehnen.

Als weitere Voraussetzung für das Geschehen des Plans dienen die Sachverständigen die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftlichkeit,

da der Ausgleich des Budgets, die Stabilisierung der Währung, sowie die Wiederherstellung des inneren und äußeren Friedens Deutschlands nur unter dieser Voraussetzung möglich ist. Es müssen deshalb alle Sanktionen, die die wirtschaftliche Produktion hindern, zurückgezogen oder entsprechend geändert werden. In der Einleitung dienen die Sachverständigen weiter, bestrebt gewesen zu sein, die Kosten so zu gestalten, daß dadurch die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter das Niveau der Lebenshaltung in den alliierten und seinen europäischen Nachbarländern hinabgedrückt wird, welche auch ihrerseits schwere Kosten aus dem Krieg zu tragen haben.

Wiederherstellung der deutschen Währungen.

Für die Wiederherstellung der deutschen Währung steht das Gutachten entweder eine Neorganisierung der deutschen Reichsbank oder die Schaffung einer neuen Notenbank.

in Deutschland vor. Falls man sich für die Notenbank entscheidet, wird die Rentenbank und die Privatinvestitionsbank vorläufig beibehalten, jedoch mit der Vereinigung des deutschen Geldwesens dadurch in Erscheinung, daß alle auf Papiermark lautenden deutschen Zahlungsmittel verschwinden müssen.

Die Notenbank selbst gibt in Gold oder Golddevisen einlösbares Zetteldgold heraus.

Die Einlösbarkeit wird nicht sofort in Kraft treten. Die Zettelung der neuen Noten ist eine Dritteldedung, wobei man im wesentlichen an die Heranziehung deutscher Guthaben bei ausländischen Banken (Kapitalistisch) denkt. Die Funktionen der Bank sollen sich auf Diskontierung kurzfristiger Wechsel und auf den Giroverkehr beschränken. Weiter soll auch die Bank die Kostenübernahme für das Reich übernehmen und dem Reich unter gewissen, im Sanktamente festgelegten Bestimmungen Dreimonatskredite in Höhe von 100 Millionen Goldmark gewähren können. Das Kapital der Bank beträgt 400 Millionen Mark, wovon 300 Millionen durch Zeichnungen im Aus- und Auslande auszubringen sind.

Präsidium und Direktorium der Bank sind deutsch. Neben dem deutschen Direktorium soll ein „General Board“ eingesetzt werden, der aus sieben Deutschen und sieben Ausländern besteht und seine Entscheidung mit einer Majorität von zehn Stimmen zu fassen hat. Der „General Board“ hat gewisse Vollmachten in Fragen, die Ausländer betreffen. Über die Notenabgabe und die Aufrechterhaltung der Notendekoration soll ein „Kommission“ wachen, der dem „General Board“ angehört.

\*  
Überführung der Reichseisenbahn in eine Aktiengesellschaft.

Die deutsche Reichseisenbahn wird in eine Aktiengesellschaft überführt, die ein Kapital von 15 Milliarden Goldmark hat, das in 2 Milliarden Vorzugsaktien und 13 Milliarden Stammmatrien zerfällt. Dem

Reiche gehören sämtliche Stammmatrien, sowie 500 Millionen Mark der Vorzugsaktien. Der Rest der Vorzugsaktien kann von der Reichsbahngesellschaft verwirkt werden. Der Generaldirektor dieser Gesellschaft sowie der Vorstand des Verwaltungsrates müssen deutsch sein. Der Verwaltungsrat besteht aus 18 Mitgliedern, die aus 14 Deutschen und 4 nichtdeutschen Mitgliedern bestehen. Die Direktoren der Obligationen der Reichseisenbahn gesellschaft haben 9 Mitglieder des Verwaltungsrates zu bestimmen, jedoch müssen 5 davon deutscher Nationalität sein. In betriebstechnischer Hinsicht haben die Experten die

betriebliche Vereinigung der Rhein-Ruhrbahnen mit dem übrigen Reichsbahnnetz als Voraussetzung

für den Erfolg ihrer Vorschläge stark betont. Für die Zahlungen wird das Bahnhof in der Art ausgenutzt, daß die Reichsbahngesellschaft mit 11 Milliarden Goldmark erheblicher Obligationen beladen wird. Sie sind mit 5 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. jährlich zu amortisieren. Die jährliche Leistung von 660 Mill. Goldmark liegt in die Reparationskasse.

Zedoch treten die vollen Zahlungen erst vom zweiten Jahre ab in Kraft. Bis dahin sind zu leisten im ersten Jahre 330, im zweiten 465 und im dritten 540 Mill. Goldmark.

### Der Zahlungsplan.

Der eigentliche Zahlungsplan sieht gewissermaßen eine Moratoriumszeit bis zum Wirtschaftsjahr 1928/29 vor.

In der Zeitung einer Totalsumme sind die Experten nicht gekommen, da die Lösung des gesamten Reparationsproblems, wie sie in ihrem Gutachten darlegen, nicht ihre Aufgabe ist.

So basiert sie der Zahlungsplan auf den Gedanken der Höchstleistungen auf. Diese beträgt für das Jahr 1924/25 1000 Millionen Goldmark. Davon sollen 800 Millionen

aus einer auswärtigen Anleihe aufgebracht werden. Diese Summe dient der Durchführung der Zahlleistungen, die suspendiert werden müssen, wenn auswärtige Anleihen nicht zu stande kommen. Die fehlenden 200 Millionen sind aus der Verzinsung der Eisenbahnoberligationen zu nehmen. Für das Jahr 1925/26 sind Zahlungen in Höhe von 1220 Millionen Goldmark vorgesehen. Die Summen müssen ausgebracht werden aus Zinsen der Eisenbahnoberligationen und den Obligationen, mit denen die Industrie belastet werden soll. Die restlichen 500 Millionen Mark werden aus dem Verkauf der abgeleiteten 500 Millionen Mark Borsigaktien der Eisenbahn gewonnen. Im Jahre 1926/27 betragen die Zahlungen 1200 Millionen Goldmark, für deren Ausbringung Eisenbahn- und Industriebonds in Frage kommen. Dazu sollen in diesem Jahre zum erstenmal die Erträge eines Sektorhüters und eventuell Überträger des Handels in Anspruch genommen werden. Die jährliche Zahlung steigt dann im Jahre 1927/28 auf 1750 Millionen M. Die Steuerquellen sind dieselben wie im Vorjahr. Die Leistungen für das dritte und vierte Jahr können sich um bis zu 250 Millionen erhöhen und erfüllen, je nach der Höhe des dritten Teiles des Betrages, um den die kontrollierten Budgeteinnahmen im Jahre 1926/27 1000 Millionen und im Jahre 1927/28 1250 Millionen Goldmark übersteigen oder nicht erreichen.

#### 1928/29 ist dann das Normaljahr. Die Zahlungen betragen in ihm 2500 Millionen Goldmark.

Dazu sollen Zinsschätzungen treten, die nach einem kombinierten Index, der sich nach der deutschen Aus- und Einfuhr, dem Staatsaufwand, den Güterverkehrsleistungen der Eisenbahn, dem Stromverbrauch von Zucker, Bier und Alkohol, Tabak, den Verbraucherpreisen, der Produktionszähln und dem Kohlenverbrauch richten. Besondere Ausweichmaßnahmen sind die Sanktionen der

#### Frage der effektiven Ausfuhr deutscher Kapitalien,

denen gegenüber berücksichtigt wird, daß es sich nur um Überschüsse aus der Wirtschaftsbilanz handeln kann. In diesem Sinne schlägt das Gutachten gewisse Sicherungen gegen die Einfuhr von Marktwerten ins Ausland vor, soweit sie die Stabilisierung zerstören und dadurch die künftigen Reparationsleistungen gefährden würden. Alle Barzahlungen sollen in Goldmark oder zum Gegenwert in deutscher Währung erfolgen. Die Bestimmung über die ins Ausland zu überführenden Beträge trifft der Agent für Reparationszahlungen, dem 5 Währungs- und Finanzbehörde aus den alliierten Ländern beigegeben sind. Deutschland übernimmt nur die fiktiven Beträge diesem Agenten zu übergeben.

#### Die internationale Anleihe.

Das Gutachten hat die Durchführung der Reparationsleistungen für notwendig.

Alle Zahlleistungen aber, die sich nicht auf Rohstoffe beschränken, oder deren Durchführung eine vorherige Einführung nach Deutschland erfordert, werden für unwirtschaftlich erklärt.

#### Ein sterbendes Volk.

Von Fritz Fleisch, New York.

Ein wütender Sturm segt durch das Vergnügungsviertel New Yorks, peitscht das ewige Meer von Zeitungspapier durch die Straßen und lädt seine Brandung bis in die Höhe der dunklen Wollentzüge sprengen, und es ist, als sei er auch schuld am Bluden und Joden der barmen Pachtzettel, die, mit ihren Hunderttausenden von jugendlichen und gesagten Lichthändlern, die tiefe Schlucht der Straße doch um höchstig erhellt. Es ist Sonnabend nacht, und ganz New York scheint sich vor den Theatern, Vaudeville und Kinos zusammenzudrängen. An allen Kreuzungen wiederholt sich das Bild des Juges durch das rote Meer; wie sich hüben und drüben die dunkle bläuliche Flut der Kraftwagen raut und ein wilder drängender Menschenhaufen die schmale Furt passiert.

Mitten in diesem rauhaften Bild moderner Großstadtnacht erscheint plötzlich eine Vision aus den Urzeiten dieses Landes: ein Trupp von Indianern bricht hier mit weiten festen Schritten hervor. Ihr wedender Federbaum ragt hoch über die Köpfe der Menge. Ihre scharfen braunen Gesichter wenden sich nicht nach rechts und nicht nach links. Und die Röckchenmen der eigentlichsten Bevölkerung des Landes tun recht daran, denn der weiße Mann im nördlichen New York hat für ihre Polizei, wilde Erziehung nur ein nachsichtiges, molantes Lächeln übrig. Der Amerikaner hört sich — wenigstens in seiner Heimat — auf den Inbegriff aller Ideale, und er sieht jeden Bürgenburger des Vereinigten Staates mit mehr oder weniger ausgedehnter Hochmäßigkeit hinweg.

Und „Bürger der Vereinigten Staaten“ sind diese Indianer, denen seit Jahrtausenden Grund und Boden gehört hat, keineswegs. Nur ein Drittel der 340 000 Indianer, die heute noch in den Staaten leben, erfreuen sich dieses Vorzugs, im eigenen Lande Bürgerrecht zu

haben. Und dieser Drittel ist in Parker Familiierung begriffen. Viele von ihnen sind Aborigines und leben, kaum noch als Angehörige einer anderen Rasse kenntlich, unter den Weißen in deren Sitten, Religionen und Gebrauchen.

Die Geschichte der anderen zwei Drittel ist eine Tragödie, und Frau Alois hat nicht verstanden, ihre, wie die Klassiker der Pädagogik auch eine Moral als Hintergrund zu geben. Diese 200 Indianerstämme, wie sie heute noch zum Teil in der Teufelsform ihres Altvordern in 25 Staaten Nordamerikas dahinleben, sind untereinander entzweit wie in der Zeit, als das Kriegsbeil seinen gern vergeben wurde. So war es dem weisen Eroberer ein leichtes, sie einzeln zu seinen Besitzten zu machen.

Der Hessen, auf dem New York erbaut ist, heißt bekanntlich „Manhattan“. Und wenn dies im Teufelschein so klingt, wie „Man hat ihn!“ oder „Hat ihn schon!“, so ist dieser Sinn tatsächlich beinahe identisch mit der wülliichen Übersetzung, die so viel bedeutet wie „Waren wir bewußt!“ Mit Feuerwaffen und Pistolen haben die ersten Weißen, die am Hudson landeten, den roten Mann schwach gemacht und sich dann leicht in den Geist des Bodens geholt.

Die rote Rasse, wie sie uns, aus den alten Indianerbüchern, als Inbegriff männlicher Tugenden, Kraft, Edelmut und Stolz vorschwebt, ist schwach geworden. 210 000 Indianer leben, nach einem Bericht des Innensenreiches der Washingtoner Regierung, unter Staatsfürsorge. Tausende von ihnen verstehen nur wenige Worte Englisch, und weitere Tausende, die die Schulen besucht haben, sind später wieder ganz in den Stammesgebäuden aufgegangen. Die Art ihrer Beschäftigung ist äußerst unterschiedlich. Im Süden haben die Indianer schon vor der weichen Invasion Landwirtschaft getrieben und halten auch heute daran fest. Andere Stämme leben Viehzucht, ziemlich Pferdezucht, im allgemeinen aber sind sie keine Freunde landwirtschaftlicher

#### Fortsetzung der Verhandlungen über die Micumverträge.

Berlin, 9. April.

Wie man hört, werden die Verhandlungen über die Micumverträge morgen fortgesetzt werden. Es wird aber davon hingewiesen, daß auch das Gutachten der Sachverständigen jede Belastung des deutschen Budgets für 1924/25 als unmöglich bezeichnet und deshalb konsequenterweise jede Finanzierung der Micumverträge durch das Reich nicht in Frage kommt.

#### Das Begleitschreiben des Generals Dawes.

Paris, 9. April.

Das Begleitschreiben des Vorstehenden Dawes, mit dem der Bericht des Komitees der Reparationskommission überreicht wurde, heißt es u. a.:

„Die Sachverständigenkommission hat einen Bericht angemommen über die Mittel, den Staat Deutschlands ins Gleiche zu bringen, und über die zweckdienlichen Maßregeln, für die Verwaltung seiner Währung zu ergreifenden Maßregeln.“

Tief durchdrungen von dem Gefühl seines Verantwortlichkeiten gegenüber dem Staate Deutschland und gegenüber dem Weltgewissen gründet das Komitee seine Pläne auf einer Grundsätze der Gerechtigkeit, der Willigkeit und des wechselseitigen Interesses, an deren Vorherrschaft nicht nur die Gläubiger Deutschlands und Deutschlands selbst, sondern die ganze Welt ein vitales und dauerhaftes Interesse haben. Nachdem diese Grundsätze einmal in jungen Gemeindeschäften, der die Grundlage aller Freiheit und die beste Gewähr für den Weltfrieden ist, festgelegt und angenommen werden sind, müssen die Empfehlungen des Komitees nicht in dem Sinne betrachtet werden, als legten sie Strafen auf, vielmehr in dem Sinne, daß sie Mittel in Vorschlag bringen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung aller Staaten Europas und des Eintritts in das neue Zeitalter eines nicht vom Kriege bedrohten Friedens und Gedechts.

Da als Ergebnis des Krieges die Währung Deutschlands bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gesteuert zählen, so muß auch Deutschland von Jahr zu Jahr bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Dies steht in Übereinstimmung mit dem gerechten und fundamentalen Grundsatz des Vertreterkongresses, der von Deutschland in seiner Note vom 29. Mai 1919 gleichfalls ausgesprochen worden ist, daß nämlich die deutsche Bevölkerung „vertäglich“ genauso schwer sein müsse, wie die engelnder der in der Kommission vertretenen Wölfe“.

Große Sorgfalt ist darauf verwendet worden, die Überwachungsgesetzungen über die innere Entwicklung Deutschlands festzulegen, daß sie ein mit gehörigem Schutz noch erträgliches Minimum an Einnahmen darstellen. Falls angenommen, führt dieser allgemeine Plan seiner Note noch billig und vernünftig schließlich zu einem dauernden Frieden.

Die Zurückweisung dieser Vorschläge durch die deutsche Regierung bedeutet die wohl überlegte Wahl einer Fortdauer der wirtschaftlichen Demoralisation, die als Endgeißel das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend versetzt.“

#### Die Verordnung über Ausreisegebühren.

Berlin, 10. April.

Das Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht die Durchführungsbestimmungen der Verordnung über Ausreisegebühren.

Auf Grund von § 3 Abs. 2 der Verordnung über Ausreisegebühren vom 3. April 1921 wird folgendes bestimmt:

§ 1. Von der Ausreisegebühr werden weiter befreit:

1. Angehörige des Deutschen Reichs, die im Ausland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt, im Inland dagegen keinen Wohnsitz haben.

2. Personen, die nachweislich zum Besuch von Familienangehörigen nach dem Ausland reisen, sofern es sich um Ehegatten, Verwandte oder Verwandte in gerader Linie handelt, und die zu den beschriebenen Personen im Ausland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt, im Inland dagegen keinen Wohnsitz haben.

3. Personen, die nachweislich aus besonderen Familiencästchen (Ehe, Geschlechtshand, schwere Erkrankung, Todestag) zu nahen Angehörigen in das Ausland reisen; als naher Angehöriger gelten: Ehegatten, Verwandte, Verwandte in gerader Linie, sowie Personen, die in der Seitenlinie in zweiter Grade verwandt sind.

4. Personen, die nachweislich zum Besuch von nahen Angehörigen (Nr. 3) oder zur Regelung von Familieneigentümern oder Vermögensangelegenheiten in das abgetretene Gebiet reisen.

5. Reichsaußenländer, die in der Ausübung ihres Berufs in das Ausland reisen, sofern der Vorstand der Kapitaliämmere die Notwendigkeit der Reise bestrengt; einer solchen Bescheinigung bedarf es nicht, wenn es sich nachweislich um Verhandlungen vor einem internationalen Gericht handelt.

6. Arzte, die nachweislich zu Konsultation oder Operationssprechen oder zur Teilnahme an Kongressen in das Ausland reisen.

7. Angehörige anderer freier Berufe (Künstler, Schriftsteller usw.), die nachweislich zur Ausübung ihres Berufs in das Ausland reisen.

8. Studierende, die im Rahmen ihres Studienplanes auf eine ausländische Hochschule gehen.

§ 2.

Soweit die Vorschriften für eine Freiheit nach § 1 Absatz 1 der Verordnung über Ausreisegebühren, oder das § 1 dieser Verordnung nicht gegeben sind, können die Finanzämter in einzelnen Fällen, in denen die Erhebung von Ausreisegebühren eine besondere Rolle bedenken würde, oder in denen überwiegende Interessen des Gemeinwohls der Erhebung der Gebühr entgegenstehen. Gebührenfreiheit, jedoch nur für Ausländerreisen von kurzer Dauer, willigen.

§ 3.

Der gebührenfreie Unbedenklichkeitsvermerk (Unbedenklichkeitsbescheinigung) wird nur für die zur Erteilung des zweiten der Reihe unbedingt notwendige Außenhalbschranke im Ausland und nur für ein bestimmtes Land oder für mehrere bestimmte Länder erteilt. Der Außenhalt ist

gewesen. Wenn es einem der weisen Aufsichtsbeamten so gefällt, veranlaßt er seine Freunde vom Gericht, einen Indizier unter Vorwürfe von Zersetzung zu stellen, weil er „unfähig“ sei, sein Verhant ordnungsmäßig zu verwalten. Wie dann die ordnungsmäßige Verwaltung des Vorwurfs aussieht, zeigt ein Fall, in dem sich einer dieser Beamten von dem Fall vier Millionen betreffenden Umsatz seines Wirkens nicht weniger als 763 000 Dollars als „Untosten“ bezeichnete. Wenn ein solches Land verlost wird, bestimmt das Gericht ein Schätzungsamt. Auch für die Arbeit dieses Amtes sei ein bezahlbarer Fall angeführt: Das Land eines indischen Mädchens wurde für 1600 Dollars verlost. Nur danach beträgt eine Bank dasselbe Land mit 2100 Dollar, wobei zu berücksichtigt ist, daß diese Bank Land nur mit bis zu 40 Proz. des Wertes belebt. Das ist in jedem Falle nach dem genannten Fall, daß 90 Prozent aller Rothäute, die früher Landeigentümer waren, zu lächerlichen Preisen um ihren Wert gebracht werden sind.

Die Bundesregierung hält diese Zustände nicht, aber sie ist ihnen gegenüber machtlos. Die einzelnen Staaten des Bundes haben weitgehende Befreiung, an denen sie, unter Umständen gegen die Bundesregierung, mit aller Jähigkeit festhalten.

So steht heute der rote Mann, eins der unheimlichen Helden der Ureinwohner und Steppe, rettungslos auf dem Aussterberat. Er hat ihm das Fenerwohler die Krise genommen, dann hat man ihm gnädig in seinem Lande als Fremdling zu leben erlaubt mit dem Vorzug, unter Umständen „Bürger“ werden zu dürfen, und jählich hat man ihn um das und das gepeilt. Die Geschichte dieses sterbenden Volkes ist eines der traurigsten Blätter im Buch der Menschheit.

Konzert Rauch-Sünzner. Der junge Dirigent Max Rauch Alfred Sünzner gab im Palmengarten ein eigenes Konzert unter Mitwirkung der Kammermusik Elisa Sünzner. Er begann mit Liszt's anspruchsvoller „Schumann-

Wahlen wird vom Beginn des Tages ab gerechnet, an dem bei der Ausreise die Grenze überstiegen worden ist.

In den Fällen des Abhoy 1 wird die Ausreisegeboten fällig, wenn die schriftliche Notiz des Auslandsscheinhalts überschritten wird, oder wenn die Reise in ein im Unbedenklichkeitsvermerk (Unbedenklichkeitsbezeichnung) nicht aufgeschriebenes Land ausgedehnt werden soll.

§ 4.

Die Verordnung tritt mit dem Tage in Kraft, der auf ihre Bekanntmachung im Reichsanzeiger folgt. Diese Bekanntmachung wird noch heute erfolgen.

Das Reichsfinanzministerium macht darauf aufmerksam, daß für die Bewilligung von Gewährleistung in einzelnen Fällen nicht das Finanzministerium zuständig ist, sondern ausschließlich die Finanzämter, da derartige Fälle zumeist eine schnelle Entscheidung erfordern, die nur in der örtlichen Zustanz gewährleistet ist. Die Einreichung von derartigen Gesuchen an das Reichsfinanzministerium ist daher zwecklos und würde durch die Rücküberweisung an die Finanzämter nur eine Verzögerung bedeuten.

Von der den Finanzämtern übergeogenen Besognis, in Einzelfällen Ausnahmen zu bewilligen, werden diese nur bei dringendem Bedürfnis Gedacht machen, da jede Reise in das Ausland den Dienstmann nicht oder weniger belastet.

### Zur Aushebung des Ausnahmestandes. Eine Verordnung des Reichsministers des Innern.

Berlin, 10. April.

Der Reichsminister des Innern hat folgende Verordnung erlassen:

„Die mir durch § 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Aushebung des militärischen Ausnahmestandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bedrohung vom 28. Februar 1924 erteilte

Besognis zu Bekanntmachungen des Briefs,

Post-, Telegrafen- und Fernschreibe-

geheimnisses, zu Anordnungen von Han-

sprechungen und Beklagnahmen sowie zu Beschränkungen des Eigentums überträgt ich auf die Landeszentralbehörden,

im Preußen außerdem auf die Oberpräsi-

denten und den Polizeipräsidien von Berlin. Weine unmittelbare Zuständigkeit zu solchen Maßnahmen wird hierdurch nicht verändert.“

### Die bayerische Landtagswahl. Vorläufig ein Geschäftsmönterium.

München, 9. April.

Das Ergebnis der Landtagswahl im reichsdeutschen Bayern steht nun einnehmend fest. Nach den amtlich nachgeprüften Ziffern entfallen auf 18 Parteien, denen überhaupt Mandate zu kommen, folgende Prozentsätze der abgegebenen Stimmen: Bayerische Volkspartei 34,8, Sozialdemokratie 18,6, Sozialdemokratie 16,5, Bauernbund 7,8, Kommunisten 7,7, Deutschnationale 7,5, Demokraten 2,8 und Nationalliberale 1,1. Der ein zahlenmäßig Wiederholung verlor der Sozialdemokratie ist also nur von geringer Bedeutung.

„Sonate“ in H-moll, mit deren Wiedergabe er sich jüngst Beifall erzielte, wenn ihm auch eine restlose Erfüllung des Gebaumens des diesbezüglichen Klavierduos noch vorerst blieb. Dies weiteren hörte man von ihm eine eigene Schöpfung, die in vieler zusammenhängenden Lungen Zügen Formelstil verfügt, sonst aber die Bezeichnung „Sonate“ lediglich wortlich fertigte. Der bequeme Mantel „Suite“ oder „phantasie“ wurde besser posieren. Am Schluß stand die Sonate (Teil 7) von Slavjanow. Elisa Südzingers hohe Lieblichkeit feierte wieder glänzende Triumphe. Ihr süßes Tonspinnenn in gewohnter Lyrik (Reger, Wolf und Strauss) berührte unser Herz mit der gleichen Einbildungskraft, die füglich bei den „Einen“ und „Zwei“ das Elegisch der „Imagines“ („Klub“) so unvergleichlich machte. Alfred Schnittke begleitete mit seinem Geschwind.

Jan Dähnen und Józef Zobrowski spielten gestern wieder Beethovenische Sonaten. Es war der leise ihrer drei Beethoven-Akten. Neues über ihr Spiel kann noch zu sagen. Zwei Vollblutmusiker — das genügt eigentlich. Nur das kann eben nicht ganz verschwiegen werden, daß über ihre Einstellung zu Beethoven sich in manchen Punkten streiten läßt. Jedenfalls hörte ich in vieler Hinsicht etwas Freude an. Da ist es ein Überhören des Zeitmaßes, dort ein Mangel an Klarinette, am Gesangsmäßigem, ein mehr verstandesmäßigem Erfassen. Was sein, daß hier die Kunst der beiden Spieler mitspricht und das Zeichen einer großen Überlebenskraft. Ich dachte unwillkürlich an Petri, der auch Holländer von Geburt war wie Jan Dähnen. Ja sein Utrechter Lehrer im Violinkiel hieß sogar auch Dähnen und war Konzertmeister tatsächlich. Aber dann freilich war Petri noch durch Joachims Schule gegangen, und dieser war der Hochwohlgeborene par excellence. Schade, jetzt fehlt es bei uns in Dresden an Vorbildern, wie Panterbach, Rappoldi, Petri u. a. es waren. Da heißt es eben Erfolg zu gewinnen, sich einzufügen, einzuhören in die Weisheit der großen Meister. Mit anderen Worten, sehr geistig und

zu den Wahlen in der Pfalz am 4. Mai hat die bayerische Regierung dem Ständigen Ausschuß des Landtages, der am Donnerstag zusammentritt, drei Vorschläge unterbreitet:

1. Den Landtag zusammenzutreten zu lassen, ohne Verschärfung der Wahlen in der Pfalz, und die Pfälzer Abgeordneten des letzten Landtages zunächst ihre Mandate ausüben zu lassen. Am 4. Mai müssten dann diese Abgeordneten, ebenso die 15 Landesabgeordneten, wieder zurücktreten, und zwar entsprechend einem Landtagstreschluß, der seinerzeit allerdings gefaßt wurde in

der Gewöhnung, daß es in diesem Jahre überhaupt nicht möglich sein werde, die Wahlen in der Pfalz abzuhalten.

2. Den Landtag erst in der zweiten Hälfte des Monats Mai zusammenzutreten zu lassen, wenn endgültig die Wahlen in der Pfalz vorher und das Gesamtergebnis errechnet werden kann.

3. Die Wahlen in der Pfalz zwar zu verschieben, aber nur infolge, daß dort die Landesabgeordneten ohne Verschärfung der Wahlen zum Tage kommen, im übrigen die Ergebnisse der Wahlen

von 1920 der Erreichung der Kandidaten zugrunde zu legen.

Wie verlautet, will sich die Regierung auf den zweiten Vorschlag festlegen und insgesamt als sogenanntes Geschäftsmönterium bis Ende Mai im Amt befinden. Die Richteteile dieser Lösung liegen auf der Hand, denn sie bedeuten nichts anderes als die kaum erträgliche Verschiebung einer Reihe im Zusammenhang mit der Aufstellung des Hauses neuer sehr dringlicher Arbeitseien und Entscheidungen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet.

## Reichsbaupräsident Dr. Schacht über die Wirtschaftslage Deutschlands.

### Nede auf der Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Gestern lagte in Dresden die Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller. Nach einer internen Mitgliederversammlung nahm in einer allgemeinen Versammlung — an der zahlreiche Vertreter von staatlichen und kommunalen Behörden teilnahmen — Reichsbaupräsident Dr. Schacht zu einer Ansprache. Hieraus ergibt

**Reichsbaupräsident Dr. Schacht**  
das Wort zu anschaulichen Darlegungen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Zusage führt aus, daß er sich bei den Bürgern beliebt machen könne, wenn er einen großen Teil Devisen ausrichten könne. Damit sei der Kern der Not gekrönt. Deutschland, so hört der Redner fort, ist heute kein souveräner Staat, seine Grenze ist im Westen offen, und dadurch ist jede wirtschaftliche, wahrungs-politische oder sonstige Wirtschaftsordnung unmöglich gemacht. Und dennoch hat das deutsche Volk aus eigener Kraft heraus das Budget ins Gleichgewicht gebracht, wie haben die an allen Enden und Ecken sich regenden separatistischen und partizipatistischen Bestrebungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet niedergeschlagen und die

**Einführung des Reiches erhalten.**  
Sie haben den Währungsverfall und den damit zusammenhängenden Zinssenkungsmaßnahmen aufgehalten. Der konservative Charakter der Rentenmark wird vielfach nicht als gelassen, obwohl doch von sämtlichen Seiten der Rentenmark selbst anerkannt werden ist, daß sie nur ein Übergang sein sollte zur metallsicheren Währung, nach der die ganze Welt rechnet. Diese Erwähnung wird nicht nur durch obige wirtschaftspolitische Überlegungen und Ideengänge bestimmt, sondern wir haben darüber auch ein gesellschaftliches Verhältnis. Die bürgerliche Rentenbank aus dem Jahre 1813, die unserer heutigen Rentenmarkflucht wie ein Juwel dem andern gleich. Mit den zufriedigen Ansichten weiß ich mich einig darin, daß keine Wahrnehmung verlaufen wird,

**die Rentenmark stabil zu halten.**  
Und sie wird stabil bleiben. Die Politik zur Sicherung der Wertstabilität der Rentenmark wird alle andern Maßnahmen übertragen. Zweier Dinge kommen dabei besonders in Betracht:

1. daß Kredite, die in Rentenmark gegeben werden, auf wirtschaftlicher Basis gegeben werden, denn dadurch wird jedes Interesse am Absinken der Rentenmark beseitigt, und

2. daß die umfassenden Mergen der Rentenmark nicht über ein gewisses Maß geheigt werden, nämlich jenseit, daß ein rei-

bungloses wirtschaftiges Funktionieren gewährleistet ist.

Nach dem getätigten Ausweis der Reichsbau-

hat der

**Betrag der Umlaufsmittel 3 Milli-**

**arden Goldmark überschritten.**

Dieser Betrag ist rechtlich hoch, wenn man bedenkt, daß dabei noch eine große Reihe

ausländischer Zahlungsmittel im Umlauf sind.

**Bon 1. Januar bis Ende März ist der**

**Betrag der umlaufenden Rentenmark von**

**142 auf 1210 Millionen Rentenmark ge-**

**steigert.** Auch die angegebene Papier-

**währung ist um 240 Millionen Mark gestiegen.**

Die zur Verfügung stehenden Kredigeldern

der Wirtschaft als Kapital zur Verfüzung gehalten werden; dadurch hat die Wirtschaft eine hohe Sicherung erhalten, die Erwerbsmöglichkeiten ist um ein

**Viertel reduziert, und die Steuerlast der**

**gesamten Bevölkerung ist damit gewachsen.**

Die Hebung der Industrie ist in wesentlichen

**auf eine Erweiterung des Inlandsverbrauchs zu-**

**stützen, nicht aber auf eine Erweiterung des**

**Exports. Wir hatten im Januar einen Kaufs-**

**überschuss von 135 Millionen, im Februar von**

**250 Millionen, das sind fast 400 Millionen Gold-**

**mark in zwei Monaten, eine Erleichterung, die mit**

**mit großer Zorge beobachtet werden kann.**

**Nun kommt die 100 Millionen**

**Goldmark bezahlt worden?**

Man nimmt, daß die Kredigeldern in den ersten

**Monaten, von den vorhandenen Devisenbeständen**

**große Summen verloren werden, in ausländische**

**Karten oder in Rentenmark umgewandelt werden**

**und so der erhöhte Zinsen müssen sicherlich aus-**

**ländische Kredite in Anspruch genommen werden.**

**Der Aufschwung weicht Kreise gegenüber,**

**die Rentenmark sei die Goldmark,**

**zu betonen, daß man seine Goldmarkverhältnisse**

**auf sich nehmen darf, denn diese können**

**nur mit Gold, d. h. mit ausländischer Währung,**

**gedeutet werden.**

**Der Konsumentkreis darf die**

**Goldmark nur im Rahmen der**

**allergrößten Notwendigkeit**

**gebraucht werden, aber nicht für**

**Waren, die zum großen Teil**

**zur Ausfuhr bestimmt sind.**

Wenn die Reichsbaupräsident alle Anstrengungen

**würde, um zu einem ungeheuren**

**Rentenmarkt oder Papiermarktfonds auf**

**Deutschland einzutreten, so wird die Reichsbau-**

**präsident eine wirtschaftliche Basis etablieren,**

**den der sie in gutem Glauben annimmt, daß**

**er sie nicht braucht, von der aber wir-**

**ken kann, daß sie nicht tragbar ist.**

**Wenn Deutschland, abgesehen von den tec-**

**torialen Verlusten, 40 Millionen Goldmark gezahl-**

**tet, die ihn mit 8 oder 9 Millionen**

**zurückbringen, so kann er die Wirtschaft wieder auf eigneter Scholle zu erzeugen.**

Die Reichsbaupräsident ist viel angewiesen worden, einsatzes, daß sie zu wenig, anderseits, daß sie zu viel Kredit gebe.

Die Reichsbaupräsident befindet sich in der Rolle des Objekts, der zwischen der Zelle der Inflation und der Chancen eines dann einzelnden Erholungswunsches steht. Wie werden, um die Zelle zu mildern, an der Chancen vorbeiziehen müssen, auch wenn einzelne der Gefahren fallen.

In einem Lande wie Deutschland, das mit den internationalen Wirtschaft verflochten ist, kann sich die Währung halten, die nicht auf Gold gestützt ist.

**die Golddiskontbank**

erklärt werden, um sofern bekannt ist die Zeit, in der die Emissionen geleistet werden, und daß die, die noch ausstehen, reihenfolge zugelassen sind. Es ist sich kein einziger dieser Aufgaben entzogen, der damals angegangen worden ist. (Gebotserhalt) Behördenbank darf das Geld, die die ganze von deutscher Seite zu verteilende Summe von 5 Millionen Pfund bereit haben.

**Die Golddiskontbank** soll die deutschen Wirtschaftsunternehmen zur Bereitstellung helfen; sie ist gebaut als eine bleibende und schlagende Organisation, ihre Geschäftsgrenzen sollen werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden, und ich glaube sogar zu können, daß wir denjenigen Industriellen die Kredite zur Verwendung stellen können, wollen und müssen, die für den Export arbeiten.

Eine der Hauptaufgaben des Rentenmarktfonds bleibt es auch, den Goldmarkt mehr als bisher zu fördern.

Die Größe der Centralbank ist der Größe in der Hand einer Centralnotenbank hat eine sehr erhebliche Rolle bei den Expertenverhandlungen gespielt, die in Paris geführt wurden.

**Die Ziffern, die wir in Experten-**

**berichten lesen, werden zweifellos nicht tragbar sein.** Aber die Experten haben eines verlangt:

**Das Separationsproblem von**

**allen politischen Momenten be-**

**freit anzuhaben und auf eine**

**rein wirtschaftliche Basis zu stellen,**

**den der sie in gutem Glauben annimmt, daß**

**er sie nicht braucht, von der aber wir-**

**ken kann, daß sie nicht tragbar ist.**

**Wenn Deutschland, abgesehen von den tec-**

**torialen Verlusten, 40 Millionen Goldmark gezahl-**

**tet, die ihn mit 8 oder 9 Millionen**

**zurückbringen, so kann er die Wirtschaft wieder auf eigneter Scholle zu erzeugen.**

**Die Golddiskontbank**

**ist am Markt unter dem**

**Titel „Bundesnotenbank“**

**oder „Notenbank“**

**oder „Centralbank“**

**oder „Centralnotenbank“**

**oder „Centralbank“**

**oder „Centralnotenbank“**

**oder „Centralnotenbank“**

**oder „**

geredet werden sollen, so sind das Leistungen, die die Bewunderung eines jeden erregen müssen, der noch Zeit für Leistungen eines gesamten Volkes hat. Und wenn man bedenkt, daß das Volk im Westen allem Schiecherium und Streit vorzieht und wie eine blutende Wunde ist, so muß man sagen: Es ist eine Schande, daß die Welt so etwas zuläßt und ein Volk daneben in dieser Weise ausgebunden wird!

Diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht zu haben, scheint mir das größte Verdienst des Expertenreiches zu sein; er bringt zum Ausdruck, daß dieses Land niemals etwas für die Reparationen leisten kann, wenn es nicht in seine wirtschaftliche Sonderheit eingesetzt wird.

Aber nicht allein die bloße wirtschaftliche Sonderheit ist nötig, sondern auch die unbedingte Herrschaft in der

#### Bewaltung.

im Freiheit und in den gesamten Politik überhaupt. Eine unerlässliche Forderung ist, daß endlich einmal die Bevölkerungsosten auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werden und das ist,

die Räumung der Küste und der Tantundengebiete verlangen, die gegen den Besitzer Vertrag unter Rechtsbasis beihielten würden sind.

Der leute französische Soldat muß aus diesen Gebieten heraus, wenn wir auf die ganze Sache eingehen wollen!

Wir wollen auf deutschem Boden deutsche Arbeit leisten. Die Welt ist es ja, irgendwelche Leistungen für den wohlhabend gewordenen sächsischen Militärismus aufzubringen. Wir können auf die Höhe der Welt aber nur dann rechnen, wenn das Geld, das vom Auslande kommt, eine vernünftige Leistung findet und wenn es nicht den gleichen einer französischen Machtpolitik dienen kann, sondern wenn es verwendet wird, zum Aufbau nicht nur des deutschen Volkes, sondern der Menschheit, die endlich von diesem Abschluß erholt sein und friedlich als Menschheit arbeiten will. (Klarer Besatz.)

Zum Abschluß an die Aussagen Dr. Gossels sprach Dr. Weber Berlin über „Staat und Wirtschaft“. Den Abschluß der Tagung bildete ein Zusammensein im geselligen Rahmen im Konzerthaus, wobei mehrere Ansprachen gehalten wurden.

#### Wirtschaftsminister Müller

führte u. a. aus, vier Drittel der sächsischen Bevölkerung seien, direkt oder indirekt, vom Wohlergehen der Industrie abhängig. Wenn im einzelnen betont wurde, daß die Industrie in Sachsen auf besonders „heinem Boden“ ihre Aufgaben zu erfüllen habe, so liege das daran, daß hier die Gegenläufigkeit am wirtschaftlichen Gebiete sich besonders hart bemerkten. Aufgabe der Regierung werde es sein, hier kleinliche Zänkereien, im Interesse des Gesamtwerks, aufzuhalten. Die Regierung war stets bemüht, den Anschluß an die Ausbildung der Industrie zu fördern, und sieht ihre vornehmste Pflicht auch füllig darin, der sächsischen Industrie alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Unternehmungsfreiheit und Arbeitsmarktfreiheit zu paaren, das wird die Aufgabe des sächsischen Ministeriums sein. Diesen Gedanken wird man auch dem Reichswirtschaftsminister gegenüber zu vertreten wissen.“

#### Finanzminister Dr. Reinhold

betonte, daß es Aufgabe der Finanzpolitik sein müsse, der Industrie die Mittel zu liefern, die sie zur Erhaltung ihrer Produktionskraft braucht. Die augenzwinkrigen Steuerfälle werden auch von der Reichsregierung als Überzeugungskampf ausgeführt. Reichsbankpräsident Dr. Schott, so erklärte der Minister, habe bei einer persönlichen Unterredung in Dresden gesagt, der sächsischen Industrie steinschwer unbefriedigende Kredit zur Verfügung zu stellen.

#### Dr. Landsberg Landeshauptmann der Provinz Sachsen.

Halle, 9. April.

Der sächsische Provinziallandtag wählte am Mittwoch als Landeshauptmann, an Stelle des jetzigen Reichsverkehrsministers Lederer, im zweiten Wahlgang den früheren Gesandten in Brüssel Dr. Landsberg. Damit hat die Provinz Sachsen, neben einem sozialdemokratischen Oberpräsidenten, auch einen sozialdemokratischen Landeshauptmann. Die Wahl erfolgte auf 6 Jahre.

#### Endgültige Spaltung in der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 10. April.

Die Spaltung der Deutschen Volkspartei ist nunmehr zur Tatphase geworden. Gestern nachmittag fand eine Versammlung mehrerer Delegierter der Nationalliberalen Vereinigung mit Vertretern der Deutschen Volkspartei statt, in der die rechtsstehende Gruppe der Partei es ablehnte, die von Stresemann auf dem Parteitag in Hannover gestellte Anerkennung der Gruppe Marchi sollte die Konsequenzen ihres Verhaltens gegenüber der Partei ziehen, zu erfüllen. Damit sind also die in Hannover eingeleiteten Verständigungsverhandlungen gescheitert.

Eine Generalversammlung der Nationalliberalen Vereinigung, die gestern nachmittag stattfand, billigte das Verhalten ihrer Unterstützer gegenüber dem Parteidoktor und der Deutschen Volkspartei. Die Nationalliberalen Vereinigung beschloß in dieser Sitzung gleichzeitig die Verabsiedlung eines Wahlaufrufs. Die Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung werden aus der Deutschen Volkspartei nicht austreten, sondern wollen eine Brücke zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen bilden. Sie werden auch nicht als selbständige Partei in den Wahlkampf eingreifen.

#### Keine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Berlin, 10. April.

Die Reichsregierung hat eine Erhöhung der Unterstützungsrate für die Erwerbslosen abgelehnt, obwohl das zuständige Reichsarbeitsministerium eine Erhöhung vorgeschlagen und beantragt hatte. Würde mit der Wohlfahrtskasse bestreit, dass nicht die Erwerbslosen, insbesondere in den Großstädten, mit ihren Angehörigen verbünden, da solch ein Familienunterstand mit Frau und zwei Kindern nur etwa 7 M. wöchentlich kostet. Kein Wunder, wenn die Kinder dieser Unglücksfälle von Tüt zu Tüt fließen, um ein Stückchen Brot zu erhalten.

Trotz ist zu bedenken, daß eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung Reich und Länder gegenwärtig kaum meistlich belastet. Die hohen Gültigkeitsraten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zusammen bis zu 3 Prozent des Lohnes, liefern bereits so erhebliche Summen, daß in sehr vielen Orten erheblich mehr eingenommen als ausgegeben wird. In diesen Fällen leisten Reich und Länder überhaupt keinen Zufluss mehr. Allein die Höhe dieser Beiträge rechtfertigt schon eine Erhöhung der ungenügenden Erwerbslosenunterstützung. Unter diesen Umständen kann man die Vermutung nicht unterstreichen, daß die Haltung der Regierung bestreit wird durch die Arbeitgeberverbände, die bei einer Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Vergleich mit den allzu niedrigen Wöhren in der Industrie fordern.

#### Die Forderungen der Buchdrucker.

Berlin, 10. April.

Im sächsischen Buchdruckergewerbe hat eine allgemeine Lohnbewegung eingesetzt, um die Forderung der Arbeitnehmer an 35 Mark Wochenlohn durchzuführen, während ein Schiedsspruch, der den Lohn von 27 auf 30 M. erhöhte, von den Arbeitnehmern abgelehnt worden war. Die Unternehmer kontrahierten die Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruchs, worüber der Reichsarbeitsminister heute die Entscheidung fallen wird. Zwischen haben jedoch die Buchdrucker in allen Betrieben und Standorten des Reiches ihre Forderungen auf 35 M. Wochenlohn einheitlich gestellt.

In Berlin sind diese 35 M. in einer Reihe von Betrieben bereits bewilligt worden. In den Betrieben, wo die Forderung der Buchdrucker abgelehnt wurde, haben die Arbeiter ihre Anerkennung eingerichtet, sobald ab Freitag diese Betriebe stillgelegt werden. In Stettin wurde die Forderung abgelehnt, worauf die Buchdrucker am Dienstag beschlossen, am Mittwoch die Arbeit wiederzunehmen. In Halle haben, nach einem allgemeinen Buchdruckerstreik, die meisten Geschäfte inzwischen 35 M. bewilligt. Auch in Erfurt wird nur noch in zwei bis drei Betrieben gestritten, die übrigen haben die Forderung bewilligt; das gleiche trifft für die meisten Städte Thüringens. In einer großen Anzahl weiterer Städte des Reiches haben die Arbeiter, als ihre Forderung abgelehnt wurde, gestudiert, sodass auch dort ab Freitag mit dem Widerstand zu rechnen ist. In Nürnberg wurden die Forderungen ebenfalls bewilligt.

#### Das geheimnisvolle Auto.

Ein Besuch bei Hitler.

Landsberg a. R., 9. April.

Der „Oberbayerische Generalanzeiger“ meldet: Gestern nachmittag kam hier ein Auto mit vier Herren des Bölkischen Blocks an, um einen Besuch bei Hitler im Gefängnis zu machen. „Zwei Einholung von weiteren Direktiven für die Wahl“. Als die Herren nach dem Besuch bei Hitler im Hotel „Gögging“ einen Amtsbz. zu sich nahmen, lamen Beamte der Münchner Staatsanwaltschaft in Zivil und verhafteten einen Herrn, den schon längst wegen Hochverrats gesuchten und seit längerer Zeit südlichen Hermann Esser, den sie sofort per Bahn nach München brachten. Nach diesem Vorfall hatte sich in Landsberg das Gerücht verbreitet, auch Endendorff sei hier gewesen und von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Daran ist kein wahres Wort.

Nach einer anderen Blättermeldung hat es den Anschein, als ob es sich bei der ganzen Sache um einen Versetzungsvorfall für Hitler handelt.

#### Alle politische Nachrichten.

\* Das Personal der Groß-Berliner Verkehrsbetriebe — Straßenbahn, Hochbahn, Omnibus — hat einheitlich Lohnforderungen

eingereicht, die eine Erhöhung der Stundenlohnsum 10, 12 und 15 Pf. vorsehen. Die Verkehrsunternehmen haben bisher jede Erhöhung abgelehnt, sodass mit einer Stilllegung des Berliner Verkehrs zu rechnen ist. Die Entscheidung wird am Freitag abend fallen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

\* Auch im niedersächsischen Steinholenberg gehen die Arbeitgeber jetzt dazu über, durch Distrikte die Werkriegsarbeitszeit einzuführen. Die Belegschaften beantragten diesen Schritt des Gewerbeunternehmens damit, dass sie nach abhängiger Arbeitszeit, dazu über, die am Achtkundat gehaltenen Arbeiter auszusperren und verhindern jetzt als Ersatz aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitwillige heranzuziehen.

## Amtlicher Teil.

Büffet 22 Abj. 1 der Allgemeinen Bestim-  
mungen der Deutschen Reichszeitung 1924 erhält mit  
Wirkung vom 7. April 1924 folgende Fassung:

- Der niedrigste in die Berechnung des Ver-  
kaufspreises einer Artzlei einzuhende Preis  
ist für die in der Preisliste mit • bezeichneten  
Mittel 5 Pf., für die unbezeichneten Mittel  
10 Pf., und für die mit •• bezeichneten  
Mittel 15 Pf.
- Zu Büffet 23 sind folgende Änderungen vor-  
zunehmen:

unter a: anstatt 0,18 und 0,26 M. sind zu  
setzen 0,20 und 0,40 M.;

unter b: statt 0,36 ist zu setzen 0,40 M.;

unter c: statt 0,51 ist zu setzen 0,60 M.;

unter d und e: statt 0,14 ist zu setzen 0,15 M.

Dresden, den 9. April 1924. IV Mb 13 Atz. 1

Ministerium des Innern. 155

L. Vom 1. Mai 1924 an betragen die Ver-  
pflegungskosten in den Landes-, Städts- und Flieg-  
schiffen

für deutsche Staatsangehörige, die in Sachsen  
wohnen,

in der unteren Verpflegungsklasse 3,50 M.

• oben 5,00 •

für deutsche Staatsangehörige, die nicht in  
Sachsen, aber in einem anderen deutschen  
Land wohnen,

in der unteren Verpflegungsklasse 1,50 M.

• oben 7,00 •

II. Die Festsitzung eines einzugslosen Verwaltungs-  
rates nach § 4, Abs. 1 des Gesetzes über die  
Ausflusstafel erneut am Freitagabend vom 12. No-  
vember 1912 (Gesetzbl. S. 483) erfolgt sich infolge  
Aushebung dieser Bestimmung durch § 21, Abs. 2  
der 2. Kostverordnung vom Vollzug der R. Dienst-  
notverordnung und des Raumausgleichsgesetzes  
vom 2. April 1912 (Gesetzbl. S. 221).

III. Im Landeshospital und im Landes-  
krankenhaus Hubertia gelten diejenigen Sätze,  
wie in den Landes-, Städts- und Fliegenschiffen, und zwar:  
in der I. Abteilung die Sätze der oberen  
Verpflegungsklasse,

in der II. Abteilung die Sätze der unteren  
Verpflegungsklasse.

Dresden, den 9. April 1924. IV B: 101 Verpf.  
Ministerium des Innern.

Der nachstehende aufzugzogene Abbau aus  
Nr. 83 des Deutschen Reichszeitung vom 7. April  
1924 wird hierdurch in allgemeinem Kenntnis-  
gebracht.

187

Dresden, den 9. April 1924.

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

### Bestandsnachschlag.

Gemeinschaftliches des Reichsstaatenverbandes vom  
1. April 1924 wird bekanntgegeben:

I. Begehrung Beglaubigung der Befreiung zum Bau von  
Reiseverkehrseinrichtungen erneut vom 7. April  
1924 ab die in der Bestandsnachschlag vom 31. De-  
zember 1923 (Reichszeitung Nr. 257) und den  
hiermit eingesetzten Anhängen vom 7. Januar 1924  
(Reichszeitung Nr. 6), vom 22. Januar 1924  
(Reichszeitung Nr. 20), vom 4. Februar 1924  
(Reichszeitung Nr. 30), vom 15. Februar 1924  
(Reichszeitung Nr. 41), vom 11. März 1924  
(Reichszeitung Nr. 61) und vom 15. März 1924  
(Reichszeitung Nr. 65) veröffentlichten Bestands-  
nachschlag auf der Grundlage von

0,20 M. für Eisenbahn,

0,39 - - Bahn,

0,13 - - Eisenbahnentlaste, Kosten-  
reime und Grabstufen,

0,07 - - Wohnbauschichten

je Tonne.

2. Au die Sätze der im vorstehenden Abj. 1  
Bestandsnachschlag vom 31. Dezember 1923 (Reichs-  
zeitung Nr. 257) unter Nr. 3 aufgeführten Zah-  
lungsbedingungen treten die vom Reichsstaaten-  
verband genehmigten Zahlungs- und Lieferungs-  
bedingungen des Standes.

Berlin, den 5. April 1924.

Arbeitsgemeinschaft Reichsstaatenverband.

Stell. Vorsitzter.

Essentielle Sitzung des Kreisbauausschusses in  
Zwickau findet Mittwoch, den 16. April, vom  
10 Uhr, im Sitzungssaal des Tempelgebäude -  
Reichsgerichtsplatz 9 - statt. [119] 175

Zwickau, 8. April 1924. Der Kreishauptmann.

Auf Blatt 492 des Handelsregister ist heute  
die Firma Otto Hugo Schuhfabrik mit dem  
Sitz in Böhlitzewitz und als deren Ju-  
hauer der Schuhwarenfabrikant Hugo Otto Gute-  
mund Böhlitzewitz eingetragen worden.

Amtsgericht Böhlitzewitz, am 8. April 1924.

Ausschreibung der Kreisbauausschusses in  
Zwickau findet Mittwoch, den 16. April, vom  
10 Uhr, im Sitzungssaal des Tempelgebäude -  
Reichsgerichtsplatz 9 - statt. [119] 175

Zwickau, 8. April 1924. Der Kreishauptmann.

Auf Blatt 492 des Handelsregister ist heute  
die Firma Hugo Schuhfabrik mit dem  
Sitz in Böhlitzewitz und als deren Ju-  
hauer der Schuhwarenfabrikant Hugo Otto Gute-  
mund Böhlitzewitz eingetragen worden.

Amtsgericht Böhlitzewitz, am 8. April 1924.

Ausschreibung der Kreisbauausschusses in  
Zwickau findet Mittwoch, den 16. April, vom  
10 Uhr, im Sitzungssaal des Tempelgebäude -  
Reichsgerichtsplatz 9 - statt. [119] 175

Zwickau, 8. April 1924. Der Kreishauptmann.

Auf Blatt 492 des Handelsregister ist heute  
die Firma Hugo Schuhfabrik mit dem  
Sitz in Böhlitzewitz und als deren Ju-  
hauer der Schuhwarenfabrikant Hugo Otto Gute-  
mund Böhlitzewitz eingetragen worden.

Amtsgericht Böhlitzewitz, am 8. April 1924.

Ausschreibung der Kreisbauausschusses in  
Zwickau findet Mittwoch, den 16. April, vom  
10 Uhr, im Sitzungssaal des Tempelgebäude -  
Reichsgerichtsplatz 9 - statt. [119] 175

Zwickau, 8. April 1924. Der Kreishauptmann.

Auf Blatt 492 des Handelsregister ist heute  
die Firma Hugo Schuhfabrik mit dem  
Sitz in Böhlitzewitz und als deren Ju-  
hauer der Schuhwarenfabrikant Hugo Otto Gute-  
mund Böhlitzewitz eingetragen worden.

Amtsgericht Böhlitzewitz, am 8. April 1924.

Ausschreibung der Kreisbauausschusses in  
Zwickau findet Mittwoch, den 16. April, vom  
10 Uhr, im Sitzungssaal des Tempelgebäude -  
Reichsgerichtsplatz 9 - statt. [119] 175

Zwickau, 8. April 1924. Der Kreishauptmann.

Auf Blatt 492 des Handelsregister ist heute  
die Firma Hugo Schuhfabrik mit dem  
Sitz in Böhlitzewitz und als deren Ju-  
hauer der Schuhwarenfabrikant Hugo Otto Gute-  
mund Böhlitzewitz eingetragen worden.

Amtsgericht Böhlitzewitz, am 8. April 1924.

Ausschreibung der Kreisbauausschusses in  
Zwickau findet Mittwoch, den 16. April, vom  
10 Uhr, im Sitzungssaal des Tempelgebäude -  
Reichsgerichtsplatz 9 - statt. [119] 175

Zwickau, 8. April 1924. Der Kreishauptmann.

Auf Blatt 492 des Handelsregister ist heute  
die Firma Hugo Schuhfabrik mit dem  
Sitz in Böhlitzewitz und als deren Ju-  
hauer der Schuhwarenfabrikant Hugo Otto Gute-  
mund Böhlitzewitz eingetragen worden.

Amtsgericht Böhlitzewitz, am 8. April 1924.

Ausschreibung der Kreisbauausschusses in  
Zwickau findet Mittwoch, den 16. April, vom  
10 Uhr, im Sitzungssaal des Tempelgebäude -  
Reichsgerichtsplatz 9 - statt. [119] 175

Zwickau, 8. April 1924. Der Kreishauptmann.

Auf Blatt 492 des Handelsregister ist heute  
die Firma Hugo Schuhfabrik mit dem  
Sitz in Böhlitzewitz und als deren Ju-  
hauer der Schuhwarenfabrikant Hugo Otto Gute-  
mund Böhlitzewitz eingetragen worden.

Amtsgericht Böhlitzewitz, am 8. April 1924.

Ausschreibung der Kreisbauausschusses in  
Zwickau findet Mittwoch, den 16. April, vom  
10 Uhr, im Sitzungssaal des Tempelgebäude -  
Reichsgerichtsplatz 9 - statt. [119] 175

Zwickau, 8. April 1924. Der Kreishauptmann.

In das Handelsregister ist heute eingetragen  
worden:

1. auf Blatt 1024, betr. die offene Handels-  
gesellschaft Max Holzer & Co., Elektrotechnische  
Fabrik in Grimmaischau; Die Gesellschaft ist auf-  
gelöst. Karl Paul Holzer ist aufgetreten. Der  
Ingenieur Max Hermann Holzer in Grimmaischau  
führt das Handelsgeschäft als Alleinhaber fort.  
Die Firma lautet läufig: Max Holzer, Elektro-  
technische Fabrik;

2. auf Blatt 1106, betr. die offene Handels-  
gesellschaft L. Albert & J. Höhne in Frankenthal;  
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Richard Albert Höhne  
ist aufgetreten. Der Werkmeister Friedrich Euse-  
bius Albert in Frankenthal führt das Handelsgeschäft  
und die Firma als Alleinhaber fort.

Amtsgericht Grimmaischau, am 1. April 1924.

Auf Blatt 600 des heissen Handelsregister ist  
die Firma Paul Treptow in Elsterwerda, die  
Gesellschaft L. Albert & J. Höhne in Frankenthal, ist  
heute eingetragen worden. Augusteine Gute-  
schäftszweig: Herstellung von Säulen und Türen.  
Handelsregister ist auf Blatt 1106 eingetragen.

Amtsgericht Elsterwerda, am 1. April 1924.

Auf Blatt 604 des heissen Handelsregister ist  
die Firma Albin Ley in Langenau eingetragen;  
die Firma Albin Ley in Langenau besteht, als  
Handelsregister ist auf Blatt 1106 eingetragen worden. Augusteine Gute-  
schäftszweig: Herstellung von Säulen und Türen.  
Handelsregister ist auf Blatt 1106 eingetragen.

Amtsgericht Elsterwerda, am 1. April 1924.

Auf Blatt 608 des heissen Handelsregister ist  
die Firma Adolf Schmid in Görlitz eingetragen;  
die Firma Adolf Schmid in Görlitz besteht, als  
Handelsregister ist auf Blatt 1106 eingetragen worden. Augusteine Gute-  
schäftszweig: Herstellung von Säulen und Türen.  
Handelsregister ist auf Blatt 1106 eingetragen.

Amtsgericht Görlitz, am 1. April 1924.

Auf Blatt 73 des Handelsregister ist die Firma  
Eduard Lein in Langenau eingetragen; die Firma  
Eduard Lein in Langenau besteht, als  
Handelsregister ist auf Blatt 1106 eingetragen worden. Augusteine Gute-  
schäftszweig: Herstellung von Säulen und Türen.  
Handelsregister ist auf Blatt 1106 eingetragen.

Amtsgericht Görlitz, am 1. April 1924.

Auf Blatt 112 des heissen Handelsregister ist  
die Firma Paul Treptow in Elsterwerda eingetragen;  
die Firma Paul Treptow in Elsterwerda besteht, als  
Handelsregister ist auf Blatt 1106 eingetragen worden. Augusteine Gute-  
schäftszweig: Herstellung von Säulen und Türen.  
Handelsregister ist auf Blatt 1106 eingetragen.

Amtsgericht Elsterwerda, am 1. April 1924.

Auf Blatt 115 des heissen Handelsregister ist  
die Firma Robert Schäfer, Geschäftsführer mit beschränk-  
ter Haftung in Löbau, ist heute eingetragen worden, dass der Kaufmann Go-  
tthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über die Firma ist der Geschäftsführer Alfred

Kaufmann Gotthard Maria Schäfer ausgetreten ist und die Ver-  
waltung über

**Chemie.** Daß Chemnitz am Chemnitz hat vor einigen Tagen eine unmittelbare Verbindung mit Karlsbad erhalten. Sprache zwischen Chemnitz und Karlsbad wird jetzt in der neuen Zeitung ohne Mitteilung anderer Vermittelungsschulen direkt zwischen beiden Orten abgewickelt. Ferner vermittelt Karlsbad Gespräche mit den tschechoslowakischen Orten Zollena, Görlitz, Marienbad, Teplitz, Kaden.

**Planiz.** Der heimlichste jahrt an der Gaußbörger Straße, der chemnitz zu den v. Anwältschen gehörte, hat nun seinen Betrieb ganz eingestellt und steht vor seinem teilweise Abbruch. Bereits vergangene Woche in einem Gebäude niedergelegt worden und viele alte Hände haben die Methodik gemeldet, um die erworbenen Baumaterialien zu begutzen. Das ganze Landshofsbild zwischen Gaußdorf und Lengenfelder Straße wird nun ein ganz anderes Aussehen bekommen.

## Tageschronik.

**Er wollte kein Aussuchen erreichen!**  
Vernichtung wegen eifersüchtiger Verleumdung.

Berlin, 2. April.

Das Opfer mehrmonatiger eifersüchtiger Verfolgungen war der praktische Arzt Dr. M., der sich erst lange Zeit vorher in einem Berliner Vorort niederlassen hatte. Am Juni 1922 wurde er zu der Arbeitseckstube des Heinrichs, die angeblich keinem sein sollte, nachdem der Chemnitzer Arbeiter Friedrich Heinrich einige Tage zuvor zu ihm in Bekanntschaft gebracht hatte. Anna Heinrich lag im Bett und klagte über allerhand Beschwerden. Als der Arzt der Patientin den Puls fühlte, wurde die Frau plötzlich

sämtlich und zog sie an sich zu ziehen, was er aber energisch abwehrte. In demselben Augenblick erschien der Chemnitzer im Zimmer. Der Arzt wollte die Frau nicht vor ihrem Mann bloßstellen und entfernte sich schwergewandt. Am nächsten Tage erschien die Chefin in der Sprechstunde und erzählte weinend, daß ihr Mann eifersüchtig geworden sei, und daß sie aus Angst vor weiteren Schlägen vom nahegelegenen gestanden habe, daß der Arzt sich an ihr vergangen habe. Sie schrie nun, daß ihr Mann sich wie ein Wütend gebärde und drohe den Arzt ebenso leicht loszulassen. Auch durch destruktive Behandlungen seines missliebigen aufgesetzten Bruders in dem Beruf verhindert zu werden, beginnt die Arzt die Unvorsichtigkeit, dem Chemnitzer Schweigegeld zu zahlen. Nun seye aber die Expressionsfunktion ein, und der verdächtige Arzt müsse noch mehr tun, als er zu weiteren Zukünften aushandeln war. Als die Drohung zu Ende röhnen und sogar eine Anzeige bei der Arztkammer in Angriff genommen wurde, tat der Arzt endlich, was er gleich hätte tun müssen, er verzog sich seinem Rechtsbeirat und nun lebte in der Folge jede Zukunft ab. Heute sich aber nicht ab, verfolgte den Arzt sogar auf der Straße, indem er hinter ihm herhielt, und schrieb ihm schließlich einen Brief, in dem er mit Bekanntgabe einer Warnung in dem Zeitung drohte. Daraufhin wurde jetzt Anzeige wegen Entziehung und verleumderischer Beleidigung gestellt. Zugleich die Angeklagten vor Gericht bei ihren Schuldigkeiten blieben, laut diesen zu der Überzeugung, daß es sich um ein abgelautes Spiel zwischen den beiden Chemnitzern gehandelt habe. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen fortgesetzter, teils vollzogener, teils versuchter Expressions-, den Chemnitzer auch wegen verleumderischer Beleidigung. Heinrich erhält zwei Jahre einen Monat, die Chefin ein Jahr

sechs Monate Gefängnis. Beiden Angeklagten wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt.

## Raubmord im Motor.

Halle, 9. April.

In der vergangenen Nacht wurde der Inhaber des Leipzig'schen Tabaks an der Rauchwaren Meier, der hier in letzter Fabrik betreibt, in seinem Keller von einem Unbekannten, mit dem er eine Blasche Wein trank, ermordet und bestohlen. Der Täter ist ständig.

## Die eigene Mutter erschossen.

Görlitz, 9. April.

Zu dem Tode Groß-Bretts erschoss der 13-jährige Karl Grise im Zorn seine eigene Mutter mit einem Schloßzylinder.

## Ungeheure Überschwemmungen im Obergebiet.

Cottbus, 8. April.

Die Oderwässer, die sich vor einem 11 Tagen wieder in Fluss verwandten, waren abermals fast gefüllt. Insbesondere im mittleren und unteren Oderbereich entdeckten Dorfbewohner unten die Schleppzüge und nahmen die Brücken nicht mehr passieren. Im mittleren Obergebiet ist alles überschwemmt, ebenso das ganze Oderland. Die Brückenverluste ist nur durch Überqueren möglich. Zugleich die Angeklagten vor Gericht bei ihren Schuldigkeiten blieben, laut diesen zu der Überzeugung, daß es sich um ein abgelautes Spiel zwischen den beiden Chemnitzern gehandelt habe. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen fortgesetzter, teils vollzogener, teils versuchter Expressions-, den Chemnitzer auch wegen verleumderischer Beleidigung. Heinrich erhält zwei Jahre einen Monat, die Chefin ein Jahr

## Schwere Erdbeben in Spanien.

Paris, 9. April.

Telegramme aus Madrid und Granada melden große Erdverschiebungen. In Andalusien ist eine Fault in der Baumbergebungen ausgetragen. Der Mittelpunkt dieser noch nicht völlig aufgelösten geologischen Erscheinung ist das Städtchen Monachil, aber die Katastrophen hat auch andere Nachbarsiedlungen getroffen, in denen die Erdrutsche platzte. Es entstanden halbmondförmige Spalten und Risse, in denen ganze Hügelwaldungen verschwanden. Bauernhäuser wurden mehrere hundert Meter fortgeschoben und standen dann bis zum Tag in die Höhe ein. Die Bewohner des Dorfes Villa de Tores haben ihre Häuser in der Erde verschwinden und konnten nur mit Mühe ihre Herden und eines Teils ihrer Habe vor dem Untergang retten. Während die Spalten sich bildeten, hörte man unheimliche Geräusche unter der Erde und Menschen zusammenhängende Felsschichten sowie ein donnerndes Rauschen, das die übergläubische Bevölkerung mit Entschrecken erfüllte. Einige haben herausgefunden, daß die Erdnachgebungen durchgehend in sehr Blauten einen Meter breit waren, so daß in einer Stunde ein Haus um zehn Meter abwärts rückt. Alleger berichten, daß die ganze Region in kurzer Zeit ein völlig verändertes Aussehen erhalten habe. Das Land bei Mouschil sieht aus wie ein großes Schlachtfeld, das von Granatirien ausgewühlt ist. Wo früher Ebenen waren, sind jetzt Hügel entstanden. Waldige Anhöhen sind zu großen Höhlungen geworden, in denen schwarzes Wasser steht. Die meisten Höhlungen sind halbmondförmig. Ihre Tiefe beträgt 15 bis 20 Meter.

## Dresden Kurse vom 9. April.

Deutsche Staatspapiere.

		Mittwoch
1.1. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.2. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.3. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.4. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.5. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.6. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.7. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.8. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.9. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.10. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.11. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.12. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.13. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.14. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.15. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.16. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.17. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.18. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.19. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.20. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.21. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.22. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.23. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.24. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.25. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.26. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.27. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.28. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.29. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.30. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.31. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.32. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.33. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.34. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.35. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.36. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.37. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.38. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.39. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.40. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.41. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.42. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.43. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.44. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.45. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.46. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.47. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.48. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.49. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.50. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.51. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.52. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.53. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.54. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.55. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.56. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.57. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.58. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.59. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.60. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.61. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.62. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.63. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.64. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.65. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.66. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.67. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.68. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.69. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.70. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.71. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.72. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.73. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.74. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.75. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.76. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.77. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.78. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.79. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.80. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.81. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.82. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.83. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.84. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.85. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.86. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.87. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.88. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.89. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.90. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.91. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.92. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.93. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.94. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.95. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.96. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.97. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.98. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.99. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.100. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.101. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.102. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.103. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.104. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.105. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.106. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.107. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.108. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.109. Rent. d. D. Reihe 1-5 Teil. 1.2.	—	—
1.110.		